

BUND LV Sachsen e.V., Str. d. Nationen 122, 09111 Chemnitz

Deutscher Bundestag
sächs. MdB der CDU/CSU Fraktion
sächs. MdB der SPD Fraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Landesgeschäftsstelle
Straße der Nationen 122
09111 Chemnitz
Fon 0371 / 301 477
Fax 0371 / 301 478

info@bund-sachsen.de
www.bund-sachsen.de

Verzicht auf Klimaziele – anstehende Koalitionsverhandlungen

Chemnitz, 17. Januar 2018

Sehr geehrte Frau Bundestagsabgeordnete,

mit großer Sorge haben wir die Ergebnisse der Sondierungsverhandlungen zwischen CDU/CSU und SPD zur Kenntnis genommen und sind bestürzt über die klimapolitischen Positionen Ihrer Parteien, die hier zum Ausdruck kommen. Angesichts jahrelanger Versäumnisse die bereits flagrant unzureichenden Ziele für 2020 nicht etwa zu stärken, sondern aufzugeben und auf das Jahr 2030 zu hoffen, ist schlichtweg fahrlässig. Schon heute sind auch bei uns die Folgen des Klimawandels deutlich spürbar z. B. in Form immer häufiger auftretender Wetterextreme – in Sachsen in den letzten Jahren besonders gut an den extremen Pegelschwankungen der Elbe oder den Erzgebirgs-Schneehöhen ablesbar.

Der völkerrechtlich verbindliche Klimavertrag von Paris, der auch von der Bundesrepublik ratifiziert wurde, bildet auch für die künftige Bundesregierung die Basis ihrer Verantwortung für unser Land und künftiger Generationen. Art. 2 Abs. 1 Paris-Abkommen – über Art. 3 PA vorrangig vor Art. 4 PA – verpflichtet die Staaten dieser Welt, ihre Klimaziele auf eine globale Temperaturgrenze von 1,5-1,8 Grad auszurichten. Mit IPCC-Daten erfordert dies in ein bis zwei Jahrzehnten weltweit Nullemissionen. Davon ist Deutschland – dessen Pro-Kopf-Emissionen (!) weiterhin zu den höchsten weltweit gehören – mit seinen bisherigen Reduktionszusagen (einschließlich der nun zur Verfehlung freigegebenen Klimaziele) unstrittig und nach jeder denkbaren Betrachtungsweise meilenweit entfernt. Die Sondierungsparteien verspielen, indem sie dies mutwillig ignorieren, weiter ihre Glaubwürdigkeit nach innen und außen und sind offenbar bereit, Umwelt und Klima weiter irreparabel zu schädigen.

Dies ist umso verwunderlicher, als von vielen Seiten ausgerechnet wurde (auch z.B. in EU- und Bundesregierungs-Dokumenten), dass volkswirtschaftlich – unter Einbeziehung von Schäden an Gesundheit, Landschaft, Klima und Biodiversität – Energieträger wie die Braunkohle weit teurer sind als erneuerbare Energien und Energieeffizienz. Dass Union und SPD hier offen für wirtschaftliche Irrationalität plädieren wollen, können wir uns kaum vorstellen. Auch der Einwand, dass andere Staaten ebenfalls langsam seien, ist juristisch unhaltbar, da dies Völkerrechtsverpflichtungen nicht zum Verschwinden bringt. Zudem hätte Deutschland, wenn es in der EU (wie in der Eurokrise) eine Führungsrolle übernehmen und konse-

quent einen Ausstieg aus den fossilen Energien in sämtlichen Sektoren in wenigen Jahren EU-rechtlich fixieren würde, die Möglichkeit, Emissionsverlagerungen und Wettbewerbsfähigkeits-Probleme durch ergänzende Border Adjustments (die WTO-rechtlich zulässig wären) für Im- und Exporte abzuwenden. Statt beim Kohleausstieg, der Wärme-, Verkehrs- und Agrarwende und beim Ausstieg aus der Plastiknutzung im bisherigen Umfang zu zögern, erwarten wir von Ihnen einen mutigen persönlichen Einsatz für klare politische Rahmenbedingungen und enge Zeitziele zum Schutze unseres Klimas.

Im Bundestagswahlkampf wurde viel von sozialer Gerechtigkeit gesprochen. Den Klimaschutz nicht in die Mitte eines Koalitionspapiers zu stellen, bedeutet aber auch, sich von der sozialen Gerechtigkeit abzuwenden: Denn es ist ungerecht, die Menschen im globalen Süden unter unserer klimaschädlichen Politik leiden zu lassen. Es ist nicht gerecht, in Deutschland immer wieder einzelne oder auch ganze Menschengruppen den Folgen der Klimawandel-Wetterextreme auszusetzen – zumal die Migrationsfolgen auch in Deutschland auf wenig Begeisterung treffen dürften. Es ist nicht gerecht, einzelne Berufsgruppen wie Landwirte oder Beschäftigte im Wintertourismus Opfer unseres fehlenden Klimaschutzes werden zu lassen. Und es ist ungerecht, dass in der EU jährlich Hunderttausende vorzeitige Todesfälle aufgrund von Erkrankungen auftreten, die sich aus Schadstoffen ergeben, die bei der Verbrennung fossiler Brennstoffe entstehen.

Wenden Sie also in diesem Sinne Schaden vom Volke ab und tun Sie alles in Ihrer Macht Stehende, um aus dem Sondierungspapier noch einen akzeptablen Koalitionsvertrag zu stricken, der die wirklich zentralen Herausforderungen unserer Zeit in den Mittelpunkt stellt.

Mit verBUNDenen Grüßen



Prof. Dr. jur. Felix Ekardt
Vorsitzender



Dr. David Greve
Geschäftsführer